



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24631-33

Fernschreiber 0886890

P/XII/67 - 21. März 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Norstad und Schukow	S. 1
Italiens Sozialdemokratie am Scheideweg	S. 2
Zur Woche der Brüderlichkeit	S. 5
Vor der Veröffentlichung des Bulganin-Briefes	S. 7

## Begleitmusik?

sp. Fast zur gleichen Zeit haben zwei bekannte Männer über den beabsichtigten Einsatz von Atomwaffen "im Ernstfall" gesprochen. In Bonn der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Norstad, und in Moskau der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Schukow. Die Herren sind gewissermassen Kollegen; natürlich nur vom Handwerk her. Sie dürften also Bescheid wissen.

General Norstad meinte, dass die Verteidigung Europas mit atomaren Waffen erfolgen müsse und fügte hinzu, er selbst habe nachdrücklich empfohlen, den Streitkräften der NATO eine "atomare Fähigkeit" zu geben. Die Streitkräfte der NATO müssten "so schlagkräftig wie nur möglich" sein; auch im Hinblick auf die Anwendung von Atomwaffen.

Der russische Verteidigungsminister Marschall Schukow meinte für die Truppen in seinem Befehlsbereich, die Sowjetstreitkräfte werden darauf vorbereitet, den Angreifer vernichtende Gegenstöße zu versetzen, wobei davon ausgegangen werden müsse, dass die wahrscheinlichen Gegner der Sowjetunion eine ausreichende Menge von Atomwaffen hätten und auch die Mittel, sie auf das sowjetische Territorium zu bringen. Aber - vielleicht sagte das Herr Schukow zur Beruhigung seiner Zuhörer - es gebe keinen Winkel auf der Welt, "wo sich ein Aggressor verstecken könnte."

Beide Herren, der in Bonn und der in Moskau, liessen in ihren Erklärungen "zur Sache" durchblicken, sie hätten dafür Sorge getragen, dass sich "im Ernstfall" die Atombomben so nahe wie möglich bei den Abschussbasen befinden werden. Das heisst also auf gut Deutsch: auf deutschem Boden! Auf der einen Seite vielleicht in der Nähe von Kaiserslautern oder Trier, auf der anderen vielleicht nicht weit von Magdeburg oder Leipzig. Natürlich haben beide Herren nur von der Verteidigung und von der Abwehr eines möglichen Angreifers gesprochen...

In London tagt zur Zeit der Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen. Man verhandelt dort u.a. auch über die Möglichkeit eines Verbots von Atomwaffen. Waren die Ansprachen der Herren Norstad und Schukow die Begleitmusik dazu?

\* \* \*

Gaitskell als Vermittler?

P.E.-Rom.

Mit einer demonstrativen Geste hat kürzlich der sozialdemokratische Parteisekretär Matteo Matteotti seinen Rücktritt erklärt, um damit gegen die Ernennung des christlich-demokratischen Politikers Togni zum Minister für staatliche Beteiligungen zu protestieren. Zwar gelang es seinen Parteifreunden, Matteotti zur Zurücknahme seiner Demission zu veranlassen, aber bei dieser Gelegenheit wurde doch ein Auseinanderklaffen der Meinungen im sozialdemokratischen Lager offenkundig, das mit der Liquidierung dieses einen Zwischenfalls keineswegs aus der Welt geschafft worden ist.

Nenni hat immer wieder die Forderung erhoben, als Gegenleistung für die Abkehr der Sozialisten vom Kommunismus müsse die Saragat-Partei ihrerseits auf die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien verzichten und aus der Regierungskoalition austreten. Wären die Ergebnisse des jüngsten sozialistischen Parteikongresses in Venedig klar und eindeutig im Sinne eines endgültigen Bruches mit den Kommunisten ausgefallen, so hätten die Sozialdemokraten wohl auch tatsächlich kaum länger gezögert, ihrerseits den Pakt mit der Democrazia Cristiana für hinfällig zu erklären. In Venedig aber kam es zu keiner solchen klaren Entscheidung, sondern zu einem reichlich undurchsichtigen Kompromiss. Der neugewählte sozialistische Parteivorstand gibt nicht unbedingt die Gewähr, dass die Nenni-Sozialisten wirklich alle Brücken zu den Kommunisten abbrechen wollen. Daher halten denn auch die sozialdemokratischen Führer in ihrer Mehrheit den Zeitpunkt für einen Austritt aus der Regierungskoalition für verfrüht. Dies ist insbesondere die Auffassung Giuseppe Saragats.

## Matteotti drängt

Matteo Matteotti hingegen gehört zu denjenigen, die den Augenblick für gekommen erachten, den entscheidenden Schritt von der Regierung in die Opposition zu tun und damit den Vereinigungstendenzen im sozialistischen Lager einen starken Auftrieb zu verleihen. In dieser Auffassung wurde Matteotti noch durch die Eigenwilligkeit bekräftigt, mit der der christlich-demokratische Parteisekretär Panfani über den Kopf seiner Koalitionspartner hinweg die Ernennung des weit rechts stehenden Togni zum Minister durchzusetzen wusste. So sind Matteotti und seine Ge-

sinnungsgenossen heute überzeugt, dass es an der Zeit sei, der unnatürlichen Verbindung zwischen Sozialdemokraten einerseits, Christlichen Demokraten und Liberalen andererseits ein Ende zu bereiten.

Diese Überlegungen sind besonders spruchreif geworden, seit die kleine Republikanische Partei kürzlich ihren Austritt aus der Regierungskoalition angemeldet und sich für die Zukunft volle parlamentarische Handlungsfreiheit vorbehalten hat. Nach der Überzeugung des linken sozialdemokratischen Flügels geht es nicht an, dass sich die Sozialdemokraten durch ihre weitere Teilnahme an der Regierung auf Positionen festlegen lassen, die weiter rechts liegen als die der bürgerlichen Republikaner.

Matteotti hat zwar seinen Rücktritt für diesmal noch zurückgezogen, aber unter einer sehr wichtigen Voraussetzung: dass nämlich der sozialdemokratische Parteikongress, der ursprünglich erst für den Herbst vorgesehen war, schon in den ersten Junitagen stattfinden soll. Auf diesem Kongress, der in mancher Beziehung das Gegenstück zu dem jüngsten Kongress der Nenni-Sozialisten darstellen wird, dürfte sich klar erkennen lassen, wie die sozialdemokratische "Basis", das heisst die grosse Menge der eingeschriebenen Parteimitglieder, über alle diese Fragen denkt.

#### Aussenpolitische Erwägungen

Es ist kein Geheimnis, dass hinter den innerpolitischen Problemen, mit denen sich die italienischen Sozialdemokraten gegenwärtig herumzuschlagen haben, sehr gewichtige aussenpolitische Erwägungen stehen. Während nämlich der rechte Flügel der Parteiführung um Saragat auch weiterhin für Italiens Festhalten an dem atlantischen Bündnis und für die Ablehnung jedes "Neutralismus" eintritt, macht sich auf dem linken Flügel ein immer deutlicheres Einschwanken auf die aussenpolitische Linie Nennis bemerkbar.

Wie Nenni immer wieder erklärt hat, befürwortet er die Schaffung einer breiten neutralen Zone in Europa, die Erzielung eines Abkommens, auf Grund dessen sowohl Russen wie Amerikaner ihre Truppen von diesem Kontinent zurückziehen sollen und die Umwandlung der NATO in ein unbezweifelbar defensives Bündnis. Nun hat sich in den letzten Monaten immer deutlicher gezeigt, dass sich diese Gedankengänge Nennis in mancher Beziehung mit dem aussenpolitischen Konzept der grossen soziali-

21. März 1957

P/XII/67

stischen Parteien Europas berühren. Die Venni-Sozialisten stehen also in dieser Hinsicht gegenwärtig der Labour Party und den deutschen Sozialdemokraten näher als die Männer um Saragat. Diese Situation gibt dem Linken Flügel der italienischen Sozialdemokratie viel zu denken; erblickt man doch hier eine Gefahr, nicht länger mit der Arbeiter-Internationale konform zu gehen, als deren Exponenten sich die italienischen Sozialdemokraten bisher betrachtet haben.

Man erwartet daher mit grossem Interesse den für Anfang April angekündigten Italien-Besuch des englischen Labour-Führers Gaitskell, von dem man sich eine Klärung dieser reichlich unklar gewordenen Verhältnisse erhofft. Inzwischen aber verbleiben die Sozialdemokraten einstweilen noch in der Regierung Segni, wodurch diese in die Lage versetzt worden ist, in diesen Tagen zwei Vertrauensvoten in den beiden Kammern des Parlaments zu erzielen und damit ihren Fortbestand mindestens für die nächsten Wochen zu sichern.

\* \* \*

#### Bevölkerungspolitik in Frankreich

Die Zeitschrift der sozialistischen Frauen in Frankreich beschäftigt sich in der letzten Nummer mit der Revision des Gesetzes von 1920, das nicht nur die Abtreibung, sondern auch alle jene schwer bestraft, die sich für Geburtenkontrolle aussprechen. 1930 wurde ein solches Gesetz eingeführt, da Frankreich im ersten Weltkrieg so ausserordentlich schwere Bevölkerungsverluste erlitten hatte. In den Jahren 1923 und 1941 wurde diese Gesetzgebung noch verschärft. Schon ein Hinweis auf Geburtenkontrollmassnahmen wurde unter Strafe gestellt, selbst wenn diese Massnahmen völlig unaufrichtig waren.

Der Artikel in der sozialistischen Frauenzeitung unterstreicht, dass seit den 20er Jahren die Geburtenziffern in Frankreich dank der Müttererhebellen und des Kindererfolles sehr angestiegen sind. Gleichzeitig jedoch ist auch die Kindersterblichkeit gestiegen und die Zahl der Abtreibungen. Einige der offiziellen Zahlen, die angeführt werden, sind in der Tat erschreckend. In Frankreich gibt es jährlich so viele Abtreibungen wie Geburten, und in 10% der Abtreibungsfälle stirbt die Frau.

Schlüssendlich wird auf die Vereinigten Staaten und andere europäische Länder hingewiesen, in denen die Bedingungen für eine Familienplanung sehr viel günstiger sind.

\* \* \*

- 5 -

Vergast es nie!

Kö. "Das habe ich nicht gewusst!" Die meisten Deutschen sagten diesen lapidaren Satz, als sie 1945 erfuhren, dass unter der Herrschaft Hitlers sechs Millionen Juden umgebracht worden sind. Viele waren zutiefst betroffen, viele schämten sich für die Mörder, viele suchten unberührt und gleichgültig die Schultern. Einer sagte: Lüge - und der andere: das hat Hitler gut gemacht. Die Verantwortlichen am Massenmord in den KZs verkrochen sich oder erwiderten, vor den Richter gebracht, auf Befehl und nur auf Befehl gehandelt zu haben. Einige, die zumindest mittelbar an den Verbrechen der Judenmörder beteiligt waren, sitzen heute in hohen Ämtern der Bundesregierung.

Hat das deutsche Volk heute, 12 Jahre später, begriffen, wie ungeheuerlich gross das Verbrechen der Nationalsozialisten war? Ja und nein.

Die Woche der Brüderlichkeit, veranstaltet von den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, geht zu Ende. Ihr Auftakt war jene Pilgerfahrt der Zweitausend zum KZ Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide - eine Pilgerfahrt, die aufgerufen liess: Die Hamburger Gesellschaft hatte in einer kleinen Zeitungsnote um die Beteiligung der Jugend gebeten. Fahrtkostenpreis: 5.20 DM. Wieviele würden schon kommen? Man rechnete mit günstigstenfalls 100 Teilnehmern. Und es wurden zwanzigmal soviel, die einen Blumenstrauß an den Massengräbern der Dreissigtausend niederlegen wollten. Ein Jazz-Club - jene oft als "Halbstärke" Geschmähten - investierte sein gesamtes Vereinskapital in die Fahrt, ganze Schulklassen fuhren geschlossen an den Ort des ausgestandenen Grauens. Vielleicht war es das Verdienst des Lehrers, des Elternrates oder das der eigenen Überlegung. Man weiss das nicht genau.

Eines aber weiss man: es gab einen Lehrer, der sagte, es sei schade ums Geld und die Gegend zwischen Soltau und Celle sei öde und langweilig. Und einen anderen, der unter indirekter Strafandrohung seinen Schülern das Zuhausebleiben empfahl...

Aber es ist gut zu wissen, dass es in diesem Jahre gerade die jungen Menschen waren, die der "Woche der Brüderlichkeit" gedachten. Von vielen Älteren, von denen, die jene furchtbare Zeit miterlebten, hätte man allzu oft gehört: "Wir haben ja schliesslich die Juden nicht vergast!" Das waren jene

mit dem halbschlechten Gewissen. Wie sollte es auch gut sein? Da war der Judenboykott, die "Kristallnacht" mit brennenden Synagogen und zerschlagenen Geschäften, der große gelbe Stern an den Kleidern und Anzügen, die Schilder "Für Juden verboten". Wer von den Gaskammern nichts weiss - das jedenfalls hat er gesehen und erlebt. Sicher ist es ihm auch aufgefallen, dass die Leute mit dem gelben Stern abends nicht mehr auf der Strasse sein durften, nicht neben ihm im Kino sitzen, nicht in der Strassenbahn fahren. Wie leicht erinnert sich Frau Krause oder Frau Lehmann noch an die Menschen, die beim Einkauf müde und angetlich eine Lebensmittelekarte auf dem Ladentisch legten, auf der in fetten Lettern "Jude" stand und auf die es kein Fett gab und von allem anderen nur sehr wenig.

Auch Schwäbigen ist Schuld!

Im Bundesdeutschen Wirtschaftswunder der steigenden Preise ist vielzuwenig Platz, um Gedanken an eine vergangene Zeit zu verschwenden "...die sich ja auch nicht ändern lässt." Wieviele sind auch diesmal wieder völlig desorientiert an der "Woche der Brüderlichkeit" geblieben, wussten nichts anzufangen mit den Plakaten, die zu Veranstaltungen laden, haben sie vielleicht gar nicht gesehen. Man hat ja schließlich mit sich selber genug zu tun, nicht wahr? Und chachin: Politik verdirbt den Charakter. Dass schlechte Charaktere die Politik verderben - das begreifen leider nicht alle. Die Klagen mit dem eingetrockneten Gewissen verweisen auf Kriege in der Sowjetzone, in denen heute nicht die Rasse, sondern die Gesinnung bestraft wird und Konzentrationen wenig bekümmert, Verfolgungen werden es immer geben.

Jede Diktatur, gleich, ob sie von rechts kommt oder von den Kommunisten, zeugt eine Kette von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung scheint heute gefeilt gegen jede Form einer neuen Diktatur, viele wissen aber verstehen unter Demokratie nur die Möglichkeit, sich nach Kräften "auszuleben" - und die Freiheit, Vergangenes zu vergessen. Das Erst-mal-en-sich-selber-denken aber ist eine fürchterliche Gefahr und man muss sich jener, die in diesem Jahre hofflos an der "Woche der Brüderlichkeit" vorbeigegangen sind, zurufen: Vergesst die sechs Millionen ermordeten Juden nicht! Was gestern geschah, kann morgen wieder geschehen, wenn der Begriff der Demokratie nicht mit neuen menschlichen Inhalten erfüllt wird und einem neuen sozialen Gewissen.

\* \* \*

- 7 -

Im Schatten der Wahlen?

ler. Das Bonn-Moskauer Gespräch scheint nun nach einer Periode des Zögerns, des Schwankens und unverfüllten Misstrauens, die die seinerzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion kaum über den Nullpunkt erheben liess, in Gang zu kommen. Antworten und Gegenantworten erfolgen in kürzeren Zeiträumen, die Tonart ist ihres sonst gewohnter propagandistischen Gewandes entkleidet. Höflichkeit und wohlthuende Zurückhaltung beherrschen den Stil. Mit Spannung erwartet die Öffentlichkeit die Bekanntgabe des letzten Bulganinbriefes.

Viele Beobachter meinen, dies alles sei nur wegen der kommenden Wahlen. Die Russen wollen, so lautet eine Lesart, durch betonte Korrektheit den Ausgang der Wahlen zu ihren Gunsten beeinflussen. Die Bundesregierung wiederum habe, sagen andere, ihre schroffe antisowjetische Haltung nur zeitweilig verlassen, um die in der deutschen Öffentlichkeit sich stärker bemerkbaren Strömungen für eine Verständigung mit der Sowjetunion als einem der wichtigsten Partner in der Deutschlandfrage für sich auszunutzen. Wäre dem so, dann ständen die Beziehungen Bonn-Moskau von vornherein unter einem unglücklichen Stern, gäbe es keine Aussicht, in der Sache wirkliche Fortschritte zu erzielen. Was immer die Männer des Kreml und die derzeitige Bonner Koalition im Hinblick auf die Wahlen tun und denken mögen, sicher ist doch, dass unabhängig vom Ausgang dieser Wahlen die Notwendigkeit einer Regelung der Deutschlandfrage auf der Tagesordnung der deutschen und internationalen Politik bleiben wird. Ihr kann sich weder Bonn, natürlich im Einvernehmen mit seinen westlichen Vertragspartnern, noch die Sowjetunion auf die Dauer entziehen.

Die Bemerkungen des sowjetrussischen Botschafters in Bonn, Smirnow, vor der Auslandspresse lassen hier ebenso aufforchen wie die unmittelbare Reaktion Moskaus auf die Vorschläge des britischen Labourführers Gaitskell für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. In der Moskauer Briefung kam, seit längerer Zeit wieder zum ersten Mal, das Wort von den "freien Wahlen" vor, die von den Deutschen selbst organisiert und durchgeführt werden müssen. Bedeutet dies, dass sich die Sowjetunion einer neuen westlichen Initiative in der Deutschlandfrage nicht verschliessen würde? Niemand kann dies mit Sicherheit sagen, aber der sicherste Weg, eine mögliche sowjetrussische Bereitwilligkeit zu neuen Verhandlungen testen zu lassen, wäre, Moskau direkt auf die Probe zu stellen. In der Vergangenheit ist dies, mit tragischen Konsequenzen, leider nicht geschehen.

Freilich soll man nicht alles von westlichen Initiativen erwarten. Bonn selbst könnte einen mächtigen Anstoss dazu geben, wenn es die Möglichkeiten zur Verbesserung des Klimas ausnutzt, die durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gegeben sind. Dazu gehört der Abschluss eines deutsch-sowjetrussischen Handelsvertrages. Ihn länger zu verzögern besteht kein Grund. Er könnte vielleicht die Vorstufe zu grösseren Entwicklungen sein.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel